

Auszug aus dem substanziellen Protokoll 123. Ratssitzung vom 11. Dezember 2020

3330. 2020/396

Weisung vom 16.09.2020:

Finanzverwaltung, Budgetvorlage 2021 (Detailbudgets und Produktgruppen-Globalbudgets)

Die Budgetberatung wird fortgesetzt (vergleiche Sitzung Nr. 122, Beschluss-Nr. 3330/2020).

Beschlüsse:

Antrag 079.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Samuel Balsiger (SVP): *Innerhalb von rund zehn Jahren stiegen die Kosten dieses Kontos um 26 Prozent, ohne dass wir genau wissen, welche Projekte in dieser Zeit umgesetzt wurden und wie viel Personal eingestellt wurde. Jedem, der eine liberale, aber kritische Grundlage gegenüber dem zügellos wachsenden Staat vertritt, ist klar, dass ein Wachstum von rund 26 Prozent innerhalb von knapp zwölf Jahren einfach zu viel ist. Bei einem solchen Wachstum verdoppelt sich der Staat innerhalb von rund 30 Jahren. Niemand, der für mehr Freiheit und weniger Staat in den Wahlkampf zieht, kann dieses Staatswachstum befürworten. Ich empfehle der FDP – unseren natürlichen Verbündeten –, der Minderheit zu folgen.*

Raphaël Tschanz (FDP): *Samuel Balsiger (SVP) sprach nicht über die eigentliche Frage. Es geht hier nämlich um die Löhne der Sozialen Betriebe und Einrichtungen. Samuel Balsiger (SVP) will das Konto um 20 Prozent kürzen und von heute auf morgen 12 Millionen Franken abziehen – ohne in der Rechnungsprüfungskommission (RPK) abzuklären, wie das funktionieren soll. Sie stellen einen Antrag, ohne sich genauer über die Konsequenzen zu informieren. Ein solches Vorgehen ist schlicht nicht seriös.*



S. 402	55 5560 3010 00 000	SOZIALDEPARTEMENT Soziale Einrichtungen und Betriebe Löhne des Verwaltungs- und Betriebspersonals				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
079.	Antrag Stadtrat				60 150 800 500 000 N	Mehrheit
			12 000 000		48 650 800	Minderheit
						Raphaél Tschanz (FDP) Referent, Präsident Felix Moser (Grüne), Vizepräsi- dent Florian Utz (SP), Wal- ter Angst (AL), Dr. Florian Blättler (SP), Renate Fi- scher (SP), Severin Pflüger (FDP), Shaibal Roy (GLP), Alan David Sangines (SP) Johann Widmer (SVP) Re- ferent, Susanne Brunner (SVP)
			Begründung: Zwischen Rechnung 2008 und Budget 2021 hat sich der Aufwand um rund 26 % erhöht. Diese massive Erhöhung ist weder nachvollziehbar noch gesund. Kürzung um rund 20 %			

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 100 gegen 14 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

3330. 2020/396
Weisung vom 16.09.2020:
Finanzverwaltung, Budgetvorlage 2021 (Detailbudgets und Produktgruppen-Globalbudgets)

Schlussdebatte:

Dr. Davy Graf (SP): *Im Moment haben wir das Virus nicht im Griff. Auch wenn wir im September noch zuversichtlich waren, zeigte der Oktober, dass die minimalen Massnahmen zur Eindämmung des Virus während der kalten Jahreszeit nicht genügen. Die Verschärfungen, die Ende Oktober, Anfang November eingeführt wurden, hatten ihre Wirkung bereits verloren und die Unsicherheit in der Welt, der Schweiz und Zürich ist sehr gross. Im Moment schwanken wir zwischen der Hoffnung auf eine schnelle Zulassung eines Impfstoffs und gleichzeitig sind wir besorgt, dass aufgrund der wachsenden Skepsis der Impfstoff infolge ungenügender Verbreitung nicht wirksam genug sein könnte. Unser Ziel war immer, den Stillstand zu vermeiden, das gesellschaftliche Leben nicht abzuwürgen und persönliche Freiheiten möglichst beizubehalten. Wir merken im Moment aber, dass der Preis dafür eine rekordhohe Übersterblichkeit in der Schweiz ist.*

In dieser noch nie dagewesenen Situation haben wir die Aufgabe, das Budget zu beraten. Man kann einzelne Zahlen hin und her schieben und sich über Einnahmen und Ausgaben Gedanken machen. Tatsächlich braucht es aber Handlungsfähigkeit, damit der Stadtrat mit dem Budget der Pandemie entgegenwirken kann. Im Sommer schrieb eine grosse Tageszeitung, dass der Weg, den wir beschreiten, ein Weg hin zum Seuchensozialismus sei. Wir als SP verstehen darunter aber Unterstützungsmassnahmen, Möglichkeiten und Chancen und sehen letztendlich auch die Notwendigkeit von Massnahmen, um da weitermachen zu können, wo uns das Virus im Februar überraschte. Eine Rückweisung bedeutet eine Vollbremsung und damit das Risiko eines Notbudgets mit minimalen Investitionen. Wer dies fordert, will in einer der grössten Krisen das eigene Parteiprogramm durchziehen und möglicherweise den Staat redimensionieren. Zum Glück hatte der Seuchenfreisinn letzten Mittwoch keine Chance im Rat. Für die SP ist klar, dass das Gewerbe und insbesondere die Gastronomie direkte Hilfe brauchen. Deshalb stellten wir einen Antrag auf Reduktion der Gebühren und auf die Einstellung von Mietzinsreduktionen für das Gewerbe. Wir möchten, dass unbürokratisch zusätzliche Soforthilfe geleistet wird, damit auch Selbstständigerwerbende und Kleinunternehmerinnen und -unternehmer über die Runden kommen. Für die SP ist klar, dass die Anerkennung und Wertschätzung für das Pflege- und Betreuungspersonal auch wirklich einen Wert haben muss. Wir sprachen bereits häufig über das Klatschen – das Stück ist aber noch nicht zu Ende. Die Menschen an der medizinischen Front dürfen noch nicht aufgeben und brauchen weiterhin Kraft und Durchhaltevermögen. Die Diskussion über Wintersportgebiete lässt vermuten, dass die heimliche Strategie die Intensivstationen ans Limit bringen will, um uns diese Bilder als Messband vor die Augen zu halten. Das wäre eine fatale Strategie. Wir konnten mehrere Stellen beim Spitalpersonal schaffen, damit dieses entlastet wird, sind jedoch enttäuscht, dass unser Antrag für die Einmalzulagen von 2000 Franken nicht durchkam. Wir beschlossen einen kleinen Topf mit 5 Millionen Franken, der von allen geteilt werden muss. Auch Personen, die ausserhalb des Gesundheitsbereichs Grosses geleistet haben, werden so weniger erhalten. Für die SP ist klar, dass wir das, was die Stadt stark und erfolgreich machte, über die Krise hinwegretten und stützen müssen. Die Leistung der Stadt spielt eine zentrale Rolle im gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Leben. Im Gegensatz zu anderen müssen wir die Welt nicht neu erfinden; für die SP ist klar, dass auch in den nächsten Jahren bezahlbarer Wohnraum, die Förderung des Velos und des Öffentlichen Verkehrs (ÖV), viel öffentlich zugänglicher Raum, eine begrünte Stadt, in der sich die Arbeitnehmerinnen wohl fühlen und die auch für Firmen attraktiv ist und eine Stadt, in der auch das Gewerbe bezahlbare Mieten findet, das Ziel ist. Dieses Ziel verfolgen wir weiter und möchten die Erfolge von Zürich auch über den kalten und möglicherweise langen Winter pflegen. Die SP wird dem Budget zustimmen.

Severin Pflüger (FDP): Das Budget, das am 16. September 2020 dem Stadtrat überwiesen wurde, ist nicht das Budget der FDP Zürich. Es war auch nicht das Budget der FDP Zürich, als die Novemberbriefe kamen. Wir erwarteten damals insgeheim, dass der Stadtrat eine Korrektur an seiner Einschätzung vornimmt. Dem war aber nicht so. Der Stadtrat erhöhte das Defizit von 97 Millionen Franken auf 156 Millionen Franken, ohne

dabei auf die Situation in der Schweiz oder in der Welt reagieren zu wollen. Es war auch nicht das Budget der FDP Zürich, als die Budgetdebatte begann und unser Rückweisionsantrag abgelehnt wurde. Erst recht nicht unser Budget ist es, nachdem es von Ihnen durchberaten wurde und Sie Ihre Anträge stellten. Sie belasten das Budget mit weiteren zusätzlichen 35 Millionen Franken. Zugegebenermassen stimmten wir 13 Millionen Franken zu, die wir für das Überstehen der Pandemie als wichtig erachten. Das vom Stadtrat vorgelegte Budget führt aber nicht dazu, dass man nach der Pandemie – wenn die Menschen wieder gesund sind und die Spitäler wieder mit regulären Patienten und nicht mit Corona-Patienten gefüllt sind – da weitermachen kann, wo wir im letzten März aufgehört haben. Das Budget geht das grosse Risiko ein, dass sich die Seuche innerhalb der Zahlen der Stadt fortsetzen wird, und zwar zulasten von uns allen. Wir werden in Zukunft unsere Wünsche und Träume nicht mit den städtischen Finanzen realisieren können. Das Budget, so wie es der Stadtrat vorlegt, ist eine ganz grosse Wette darauf, dass alles so bleibt wie es ist und der Finanzplatz der Stadt weiterhin so viel Geld anzieht, wie er es in den vergangenen Jahren tat. Sie gehen davon aus, dass die Stadt weiterhin so wächst, wie sie in den vergangenen Jahren wuchs, und dass sich, abgesehen davon, dass die Menschen Maske tragen und im Home-Office arbeiten, eigentlich nichts verändern wird. Bei diesem Budget setzt man sich an den Pokertisch und macht ein «All-in». Der Gemeinderat sitzt am gleichen Tisch wie der Stadtrat und wettet auf die Karten, die der Stadtrat in der Hand hält, mit dem gleichen «All-in», ohne genau zu wissen, was die anderen Spieler für Karten in der Hand halten. Mit dem eigenen Geld kann man so umgehen – aber wir pokern hier mit der Zukunft der Stadt Zürich. Das Budget müsste darauf Rücksicht nehmen, dass allenfalls Steuereinnahmen nicht mehr gleich sprudeln werden wie bisher, und dass nicht alle Aufgaben einfach so wachsen können, wie sie in der Vergangenheit wuchsen. Man hätte genau analysieren müssen, wo es Geld für die Wirtschaft und für Soziales braucht, damit nicht der Gemeinderat Korrekturen anbringen muss. Der Gemeinderat packte zusätzliche 35 Millionen Franken dazu, bei denen es Stellen hat, die mit der Überwindung einer Pandemie und der Hilfe an die Wirtschaft überhaupt nichts zu tun haben. Zum Glück fanden nicht alle Irrläufer der SP eine Mehrheit und die AL konnte an einigen Stellen bremsen. Wir verpassten die Chance, dem Stadtrat das Budget zurückzuweisen. Die Rückweisung wäre keine Vollbremse gewesen, sondern hätte ein kurzes Durchatmen für den Gemeinderat und ganz viel Arbeit für den Stadtrat bedeutet, die er vor dem 16. September nicht erledigt hat. Auch wenn der Stadtrat seine Aufgaben eigentlich bis zum Novemberbrief erledigen sollte, hätte er im Grunde sogar bis letzten Mittwoch – dem Beginn der Budgetdebatte – Zeit gehabt. Der Stadtrat entschied sich aber für das Pokerspiel. Ich hoffe sehr, er gewinnt dieses Spiel. Ich hoffe es für meine Vaterstadt, für meine Kinder und für uns alle und drücke dem Stadtrat die Daumen, dass er recht behält.

Roger Bartholdi (SVP): Ich finde diese Elefantenrunde überflüssig und eine Zeitverschwendung. Nichtsdestotrotz halte ich mich an die Spielregeln. Es wurden während der Debatte viele Vorstösse eingereicht. Die SVP findet es aber nicht richtig, dass man in der Budgetdebatte Vorstösse einreicht, die nichts mit dem Budget zu tun haben. Das Behandeln dieser zusätzlichen Vorstösse scheint aber offensichtlich zu den Spielregeln

zu gehören. Ebenfalls wie jedes Jahr wurde die Empfehlung der RPK betreffend Redezeit nach den ersten paar Voten bereits nicht mehr eingehalten. Verlierer dieser Budget-Debatte ist aus unserer Sicht das Gewerbe. Die gesprochenen 5,2 Millionen Franken sind einen Tropfen auf den heissen Stein und wir bedauern, dass der Betrag reduziert wurde. Es wäre sehr aufwendig gewesen, mit Nachtragskrediten die Dringlichkeit zu erhöhen. Die Gastronomie wird stark unter der Entscheidung des Bundesrats leiden. Die Weihnachts- und Neujahrszeit ist sehr wichtig und es geht um das Überleben der Betriebe. Ich finde es deshalb schade, dass dies im Rat fast ignoriert wurde und man erst im Nachhinein Lösungen suchen will. In der Praxis wird das nicht funktionieren. Gleichzeitig werden Stellen geschaffen, um 30 Landwirtschaftsbetriebe ökologischer und ökonomischer zu gestalten. Die neu angestellten Personen werden bereits nach wenigen Monaten die Betriebe besucht haben und den Rest des Jahres Däumchen drehen. Letzte Woche musste sich die SVP einiges an «Hatespeech» anhören. Ich finde es ausserdem nicht richtig, dass die Ratspräsidentin bei einem Abstimmungsresultat vom «Versenken eines Postulats» spricht und das Ergebnis damit politisch wertet. Uns wurde vorgeworfen, wir hätten Sparanträge gestellt. Auch wenn das in einzelnen Punkten der Fall ist, geben wir gesamthaft mit unseren Anträgen nicht weniger Geld aus als im Vorjahr. Verschiebungen in Budgetpunkten sind legitim. Niemand kennt die Zukunft und wir wissen nicht, wie sich die Impfungen auswirken werden und ob es einen weiteren Lockdown geben wird. Wir wissen nicht, was das für die Wirtschaft bedeutet und fordern deshalb mehr Flexibilität für die Wirtschaft. Auch wenn es gute Massnahmen vom Bund gibt, fallen einige Betriebe zwischen Stuhl und Bank. Für diese Betriebe müssen auf lokaler Ebene Mittel bereitgestellt werden. Sie haben aber heute höhere Ausgaben und mehr Stellen beschlossen. Das ist der falsche Weg und deshalb lehnen wir das Budget ab.

Felix Moser (Grüne): Die Fahne der RPK mit ihren Anträgen war dieses Jahr deutlich kürzer als in den Vorjahren. Es scheint mir, als hätten die meisten Parteien auf unwesentliche Anträge verzichtet und sich auf wesentliche Fragen konzentriert. Es wäre schön, wenn das in den kommenden Jahren so bleibt. Es lohnt sich nicht, über einzelne Druckkosten oder Reisespesen zu debattieren, eine Debatte über den Umfang und die Wirksamkeit von Corona-Massnahmen ist mit Sicherheit viel wichtiger. Von den vielen wichtigen Themen, die wir in den letzten Tagen diskutierten, fand ich die Diskussion um die beste Gewerbeartei der Stadt ziemlich bizarr. Die SVP bot am meisten Millionen Franken, die FDP wollte dem Gewerbe mit einer Rückweisung helfen und die SP stellte sehr viele Anträge, die aber eigentlich in der Kompetenz des Stadtrats liegen und die der Stadtrat dementsprechend so oder so ausführen kann. Alle vier in den Anträgen gemachten Forderungen wurden bereits in der ersten Welle umgesetzt. Ich zweifle nicht daran, dass der Stadtrat die Forderungen auch in einer zweiten oder dritten Welle umsetzt. Die Gewerbeanträge zeigten, dass wir uns mitten im Wahlkampf befinden. Ich hoffe trotzdem, dass die Massnahmen, die auch bei uns Grünen im Grundsatz unbestritten waren, helfen, damit das Gewerbe und die Bevölkerung die Corona-Krise besser überstehen. Der Versuch der FDP, sich mit einem Rückweisungsantrag zu profilieren,

scheiterte grandios. Nur schon die Tatsache, dass die Rückweisung mehrmals widersprüchlich begründet wurde, spricht für sich. Nach der missglückten Rückweisung enthielt sich die FDP fast immer und trug nichts mehr zur Diskussion bei. Das zeigt, dass Ihr Interesse an konkreten Lösungen in diesem Budget gegen null tendiert. Interessanterweise stimmten Sie beim Bahnhof Wipkingen wieder mit. Ich empfehle der FDP, sich das Thema unserer Fraktionserklärung zu Herzen zu nehmen: «Auch in Krisenzeiten einen kühlen Kopf bewahren». Die Tatsache, dass sich die FDP aus der Diskussion verabschiedete, half uns, die Zusammenarbeit von den «verständigen» Parteien zu verstärken. Wir versuchten uns im Vorfeld in Gesprächen auf eine gemeinsame Linie zu verständigen, die für alle beteiligten Parteien stimmt. Das hat sich in der Rückschau bewährt. Ich kann mir gut vorstellen, dass nach den nächsten Wahlen die «verständigen» Parteien noch häufiger miteinander sprechen und Lösungen suchen werden. Es ist durchaus möglich, dass die bürgerlichen Parteien etwas weniger Sitze im Rat haben werden, wenn sie so weitermachen. Weder die Menschen in der Stadt oder die Medien, noch die meisten Ratsmitglieder konnten Ihr Verhalten in der Budgetdebatte verstehen. Auf der anderen Seite versuchte die SP während der ganzen Debatte, sich als neue Gewerbspartei zu positionieren. Ob es allerdings reicht, Unterstützungen bis zu 50 Millionen Franken zu fordern, um zur neuen Gewerbspartei zu werden, wird sich zeigen. Nur wenige Tage nachdem die SP Schweiz eine Medienmitteilung verbreitete, es brauche eine Prämie von 2000 Franken für das Pflegepersonal und 5 Prozent mehr Pflegestellen, wurde der Antrag im Budget platziert und die Anträge im Rat teilweise emotional verteidigt. Sie können Ihren Wählern nun immerhin sagen, dass Sie sich am richtigen Ort eingesetzt haben, so wie es die Partei in Bern verlangte. Mit AL und GLP führten wir, je näher die Budgetdebatte kam, intensiver Gespräche und einigten uns bei verschiedenen Anträgen. Diese Zusammenarbeit war von Respekt geprägt, auch wenn wir nicht immer die gleiche Meinung vertraten. Unschön empfand ich hingegen die theatralischen und zum Teil unflätigen Wortmeldungen. Zudem wunderte ich mich einige Male über die nicht vorhandene Fachkompetenz. Mir scheint, dass nicht nur beim Pflegepersonal ein Fachkräftemangel herrscht, sondern auch in gewissen Gemeinderatsfraktionen. Wir Grünen stellten selbst wenige Anträge und beschränkten uns auf Umweltschutz und Klimaschutz, Chancengleichheit in den Schulen und Prämien für das Gesundheitspersonal. Dass die Stadt den von der Pandemie Betroffenen helfen soll, ist für uns selbstverständlich. In einem Jahr werden wir wieder ein spezielles Budget beraten – dann hoffentlich nicht wegen Corona, sondern weil kurz darauf die Gemeinde- und Stadtratswahlen stattfinden werden. Ich wünsche mir, dass auch dann, trotz Wahlkampf, die «verständigen» Parteien untereinander konstruktiv diskutieren können, weil so ein Budget entsteht, das nicht von einer Partei alleine, sondern von «verständigen» Parteien unterstützt wird. Davon profitiert Zürich am meisten.

Shaibal Roy (GLP): Die GLP stellte in diesem Budget praktisch keine eigenen Anträge, da es sich 2021 um ein weiteres ungewöhnliches Jahr mit vielen Unbekannten handeln wird und von einer grossen Ungenauigkeit ausgegangen werden muss. Das Budget ist auch nicht der Fokus der GLP. Für uns ist die Zukunft wichtiger. Punktuell unterstützen wir Anträge, die dem Stadtrat spezifischen Handlungsspielraum geben, um in dieser

Krise 2021 mit ausserordentlichen Einmalzahlungen für besondere Leistungen während der Pandemie handeln zu können. Mit den 5 Millionen Franken für subsidiäre Massnahmen zur Unterstützung des Gewerbes sprachen wir einen vernünftigen Kompromissbeitrag. Auch wenn viel Symbolpolitik mit wechselnden Mehrheiten betrieben und marketingtechnische Anträge gestellt wurden, konnten schlussendlich Mieterlasse, Gebühren-erlasse und Nothilfe gesprochen werden. Die Wirkung des Budgets ist aber fraglich. Die Kompetenz liegt nach wie vor beim Stadtrat und wir sind der Überzeugung, dass der Stadtrat sinnvolle Massnahmen beschliessen wird, wenn die Massnahmen subsidiär von Nöten sind. Dann wird sich die entsprechende Auswirkung auf das Budget auch materialisieren. Es ist fraglich, ob temporäres Pflegepersonal im Umfang von 5,4 Millionen Franken die richtige Lösung ist. Wir hoffen auf eine zurückhaltende Umsetzung durch den Vorsteher des Gesundheits- und Umweltdepartements und auf eine strukturierte Anpassung. Wir bedauern, dass sich die FDP hier explizit aus ihrem Schlaf wecken liess und den Antrag unterstützte, obwohl sie proklamierte, das Budget sei überhaupt nicht mehr zu retten. Obwohl die FDP den Rückweisungsantrag stellte, unterstützte sie auf einmal einen Antrag für 8000 Franken für den Unterhalt einer Toilette. Da mehrheitlich Kompromiss-Anträge durchkamen und glücklicherweise nicht alle Anträge der SP, die mit beiden Händen das knapp gewordene Geld ausgeben will, entschied sich die GLP in der Schlussabstimmung aus der Enthaltung in eine Zustimmung zum Übergangsbudget 2021 zu wechseln. Die GLP reichte dem Stadtrat die Forderung einer Leistungsüberprüfung unter anderem auch in Form von Postulaten ein. Die Entschuldigung des Stadtrats, man sei mit der Krisenbewältigung beschäftigt, ist zu kurzfristig gedacht und gefährlich für unsere Zukunft. Die unmittelbare Krisenbewältigung ist wichtig. Die tatsächliche Bewältigung von sämtlichen Folgen der Krise muss aber jetzt beginnen und mit Weitblick unweigerlich an die Hand genommen werden. Wir müssen uns rüsten, weil Krisenresistenz nicht auf Zusehen hin geschieht, sondern auf aktivem Agieren basiert. Man kann sich nicht einfach auf sein Eigenkapitalpolster und die vermeintlich sprudelnden Steuererträge verlassen. Sollte es besser kommen, als wir erwarten, sind wir umso glücklicher. Dann wäre es aber vielleicht an der Zeit, nicht nur eine Unternehmenssteuerreform durchzuführen, sondern auch die Steuern für die natürlichen Personen zu senken. Das wäre eine Massnahme, die allen Bürgern der Stadt zu Gute kommen würde.

Walter Angst (AL): *Ich erlebte die Zusammenarbeit der «Verständigen» etwas anders; ich erlebte in dieser Budgetdebatte nämlich drei Grossparteien mit unterschiedlichen Schwierigkeiten. Trotzdem glaube ich, dass wir die schwierige Ausgangslage mit einer gewissen Contenance als Gesamtrat bewältigten und dem Stadtrat einigermassen gute Aufträge gaben. Es gibt eine klare Mehrheit für das Budget. Auch wenn mittelfristig andere Fragen im Zentrum stehen werden, habe ich nicht den Eindruck, dass wir die Krisensituation mit Steuersenkungen bewältigen können. Es braucht perspektivische Lösungen, wie wir den Staat, Kanton und Bund finanzieren, um die Ausgaben für das enorme Wachstum bewältigen zu können. Es freut mich, dass wir uns zumindest einig waren, dass wir in Bezug auf die steuerliche Bewertung der Immobilien den rechtsstaatlichen Weg einschlagen und vielleicht da einige Dutzend Millionen Franken zusätzlich erhalten können.*

Ernst Danner (EVP): Das Budget ist aus unserer Sicht angemessen. Es wurden etwa 39 Millionen Franken Verschlechterung budgetiert, wovon die EVP etwa 35 Millionen Franken unterstützt. Davon sind etwa 27 Millionen Franken für verschiedene Corona-Massnahmen budgetiert. Die Unsicherheit ist nach wie vor gross und die FDP sprach von einer Wette auf die Zukunft. Es bleibt uns im Moment aber nichts anderes übrig. Ich hoffe, dass wir in einem Jahr emotional gleich entspannt sind wie dieses Jahr, auch wenn ich mir dessen nicht ganz sicher bin. Wir müssen uns auf alles gefasst machen. Wir sind sehr froh, dass wir dem Stadtrat ein kleines Polster für verschiedene Massnahmen wie die Nothilfe für das Gewerbe, Mieterlasse und die Anerkennung für die Mitarbeiter und das Pflegepersonal, das viel leistet, geben konnten. Wir sind sehr zufrieden. Auch sind wir dankbar, dass wir bei der Bildung ein Zeichen setzen konnten. Bei der Bildung stehen die Fehlentwicklungen als Elefant im Raum, aber die Mehrheit will sie nicht wahrhaben. Deshalb bewilligten wir als Notapotheke Geld, um die ganze Geschichte grundsätzlich neu zu überlegen. Weiter setzten wir einige symbolische Zeichen im Tiefbauamt, wo das Problem langsam aber sicher akuter wird. Beim Rosengarten muss etwas gemacht werden. Wir lehnten den Tunnel ab und versprachen, den dort wohnhaften Menschen zu helfen. Auch beim Bahnhof Oerlikon Ost muss dringend etwas geschehen. Auch wenn STR Richard Wolf keine grosse Schuld trifft, messe ich seine Kompetenz als «Tiefbauvorsteher» an der Fähigkeit, endlich eine gute Lösung für den Bahnhof Oerlikon Ost zu finden. Insgesamt kann die EVP dem Budget gut zustimmen. Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Finanzdepartements Stellung.

STR Daniel Leupi: Trotz der relativ kurzen Budgetdebatte nahm ich die Debatte als substanziell wahr. Zu vielen Themen gab es substanzielle Diskussionen und man merkte, was Ihnen wichtig ist und was nicht. Der Stadtrat wird Ihre Grosszügigkeit wo nötig umsetzen. Wir sind aber auch nicht unglücklich, dass nicht alle Anträge von den drei Parteien durchgewinkt wurden. Es macht mich ein wenig ratlos, wenn sich in der Detailberatung mehrere RPK-Mitglieder fragen, von wann die Daten sind, die sie beraten. Wir überweisen Ihnen das Budget Mitte September und die Daten sind dementsprechend von Mitte August. Wir könnten das Budget auch im November überweisen, damit Sie aktuellere Zahlen haben – es gäbe dann aber nur noch eine Lesung. Auch wurde die Art und Weise, wie Steuereinnahmen berechnet werden, angezweifelt. Ich zeige der RPK gerne, welche Komponente des vielfältigen Steuerbudgets wie funktioniert. Ein wesentlicher Teil der Steuereinnahmen für das Jahr 2021 basiert auf der Abrechnung aus dem Jahr 2019, als wir noch kein Corona hatten. Auch wenn Corona dieses Jahr voll einschlug, werden wir das in den Finanzen erst in späteren Jahren wesentlich merken. Zudem wehre ich mich gegen ein formelles Programm für die Leistungsüberprüfung. Wir arbeiten laufend an der Leistungsüberprüfung und sie ist eine dauerhafte Aufgabe des Stadtrats. Ich zitiere die FDP: «Die FDP-Fraktion hat kein Interesse daran, das Budget abzulehnen. Es wäre unverantwortlich, Behörden und Verwaltung in dieser Situation mit einem Notbudget ins neue Jahr zu schicken». Dieser Satz fiel diese Woche hier im Rat bei einem anderen, viel grösseren Budget. Insofern erstaunten mich die Chuzpe, wie mehrere Redner die Folgen des Notbudgets kleinredeten. Zahlreiche Anträge werden

nicht im ersten Quartal ausgelöst werden können. Diese fehlen dem Gewerbe. Das Budget ist kein Pokerspiel und es gibt nicht alles oder nichts. Vielmehr muss man sich frühzeitig auf eine Strategie festlegen, die man auch wieder anpassen kann. Ausserdem führt nicht nur eine Strategie zum Ziel. Der Stadtrat handelte früh und gerade heute bekam der Stadtrat von einem stadtbekanntem Gastronomen ein begeistertes E-Mail, wie positiv er die Hilfe der Stadt wahrnehme. Die Hilfe wird also wahrgenommen. Mit dem Budget geben Sie uns zwei Mittel. So bleiben wir handlungsfähig für die Vielfalt, die die Stadt in all ihren Dimensionen und in all ihren Aufgaben verkörpert. Aber Sie geben uns auch mehr Mittel für die speziellen Corona-Aufgaben. In diesem Sinne gehe ich davon aus, dass wir auch das Postulat von Walter Angst (AL) und Albert Leiser (FDP) entgegennehmen werden. Wir werden sehen, welche Vorlagen wir Ihnen bringen und wie wir die Mittel entsprechend einsetzen. Ich bin froh, dass dem Stadtrat Vertrauen entgegengebracht wird. Wir werden versuchen, das Bestmögliche herauszuholen und möglichst kontinuierlich eine hohe Qualität sicherzustellen und da, wo Not am Mann oder an der Frau ist, entsprechend zu handeln. Wir werden selbstverständlich die ganze Finanz- und Wirtschaftsentwicklung auch im sozialpolitischen Bereich kritisch beobachten und entsprechende Steuerungen, wenn nötig, im Budget 2022 und im FAP 2021–2025 vornehmen. Sie haben insgesamt den Vorschlag des Stadtrats um 30,1 Millionen Franken verschlechtert, sodass im Budget ein Defizit von 185,4 Millionen Franken resultiert. Ich bedanke mich bei Ihnen und auch bei der Finanzverwaltung für die gute Zusammenarbeit.

Schlussabstimmung über die Dispositivziffern 1a–1b

Die Mehrheit der RPK beantragt Zustimmung zu den Dispositivziffern 1a–1b.

Die Minderheit der RPK beantragt Ablehnung der Dispositivziffern 1a–1b.

Mehrheit:	Präsident Felix Moser (Grüne), Referent; Vizepräsident Florian Utz (SP), Walter Angst (AL), Dr. Florian Blättler (SP), Renate Fischer (SP), Alan David Sangines (SP)
Minderheit:	Severin Pflüger (FDP), Referent; Susanne Brunner (SVP), Raphaël Tschanz (FDP), Johann Widmer (SVP)
Enthaltung:	Shaibal Roy (GLP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 85 gegen 35 Stimmen (bei 2 Enthaltungen) zu.

10 / 19

Kommissionsreferent Dispositivziffer 2:

Felix Moser (Grüne): *Mit dem Dispositivpunkt 2 ermächtigen wir den Stadtrat, Kredite für das Städtische Lohnsystem, das bis anhin pauschal eingestellt war, auf die einzelnen Dienstabteilungen zu übertragen. Die RPK empfiehlt Ihnen die Zustimmung.*

Schlussabstimmung über die Dispositivziffer 2

Die RPK beantragt Zustimmung zur Dispositivziffer 2.

Zustimmung: Präsident Felix Moser (Grüne), Referent; Vizepräsident Florian Utz (SP), Walter Angst (AL), Dr. Florian Blättler (SP), Renate Fischer (SP), Shaibal Roy (GLP), Alan David Sangines (SP)
Enthaltung: Susanne Brunner (SVP), Severin Pflüger (FDP), Raphaël Tschanz (FDP), Johann Widmer (SVP)

Der Rat stimmt dem Antrag der RPK mit 90 gegen 7 Stimmen (bei 15 Enthaltungen) zu.

Kommissionsmehrheit/-minderheit Dispositivziffer 3:

Felix Moser (Grüne): *Gerade in schwierigen Zeiten ist es wichtig, dass die Politik berechenbar bleibt. Eine Erhöhung des Steuerfusses hält im Moment niemand für angezeigt. Es macht für die Mehrheit der RPK in Anbetracht der Herausforderungen und dem städtischen Haushalt keinen Sinn, in der aktuellen Situation Mittel zu entziehen. Berechenbarkeit und Planbarkeit in finanzieller Hinsicht sind wichtige Werte für Menschen und Unternehmen. Die Mehrheit der RPK befürwortet weiterhin einen stabilen Steuerfuss von 119 Prozent und bittet Sie, mit der Mehrheit zu stimmen.*

Susanne Brunner (SVP): *Ein Sprecher in der Schlussrunde machte mehrfach Kategorisierungen und sprach von «verständigen» Parteien in Abgrenzung zu den anderen Parteien. Das ist in meinen Augen nicht angebracht. Wir sind alle gewählte Volksvertreter und gewählte Parteien. Mit unseren unterschiedlichen Parteien vertreten wir unterschiedliche Weltanschauungen und stehen mit unseren Argumenten im Wettstreit. Der Wettstreit ist das Wesen der Demokratie. Deshalb überraschte mich die Kategorisierung des Sprechers. Der Mehrheitssprecher sprach betreffend den Steuerfuss von Planbarkeit und berechenbarer Politik. Eine Steuersenkung stellt kein Problem für die betroffenen Steuerzahler und Steuerzahlerinnen dar, sondern ist aktuell notwendig. In der Budgetdebatte wollte sich die SP als Gewerbeartei inszenieren und entsprechend wurde siebzehn Mal von SP-Sprechern gesagt, man müsse das Gewerbe unterstützen. Nun kommt die Stunde der Wahrheit. Mit einer Steuersenkung können Sie beweisen, ob Sie wirklich Politik für das Gewerbe machen möchten. Eine Steuersenkung ist das beste*

Mittel gegen Krisen, weil die Privaten Handlungsspielraum brauchen. Die Steuern müssen dafür am Anfang der Krise gesenkt werden und nicht erst 2022 – wenn das Budget vielleicht sogar ein Defizit von 270 Millionen Franken aufweist. Die privaten Akteure müssen jetzt entlastet werden. Deshalb beantragt Ihnen die SVP die Senkung des Steuerfusses um 2 Prozent. Davon profitieren die Haushalte, die Betriebe, alle Unternehmen, alle Gewerbetreibenden, alle Selbstständigen und alle Kleinunternehmer. Die Steuersenkung ist das beste und nachhaltigste Mittel für uns alle, um aus der Krise herauszukommen. Das aktuelle Defizit ist kein Grund, die Steuern nicht zu senken, da wir 1,5 Milliarden Franken freies Eigenkapital haben. Setzen wir also auf dieses Eigenkapital und senken wir die Steuern. So überstehen wir die Krise gemeinsam.

Weitere Wortmeldungen:

Severin Pflüger (FDP): *Die FDP steht für die grösste und nachhaltigste Steuersenkung überhaupt. Diese Steuersenkung wird auf nächstes Jahr wirksam und hebt die vielen Steuerungerechtigkeiten in der Schweiz bei Unternehmen auf, schafft ungerechtfertigte Steuerprivilegien beiseite, macht uns im internationalen Bereich wettbewerbsfähig und bringt uns gleichzeitig auch auf die Linie der internationalen Anforderungen an ein Steuersystem. Durch diese Steuersenkung für nächstes Jahr wird das Gewerbe und die Wirtschaft um 200 Millionen Franken entlastet. 200 Millionen Franken mehr Gewinn werden in den Firmen bleiben und uns helfen, die Krise besser zu überstehen. Die 200 Millionen Franken werden dafür eingesetzt, dass Arbeitsplätze erhalten bleiben und neue Arbeitsplätze geschaffen werden können, die an anderen Orten verloren gehen. Die Steuervorlage 17 entfaltet ihre Wirkung also genau im richtigen Moment. Sie ist unser freisinniger Beitrag. Wir wussten damals noch nicht, dass die Krise kommen wird. Jetzt können wir froh sein, dass wir bereits Vorarbeit geleistet haben. Man kann sich vorstellen, wie die Situation wäre, wenn es keine Corona-Krise gäbe und die Steuervorlage 17 direkt als «Turbo-Boost» gewirkt hätte. Wir sind heute aber froh, haben wir den «Boost». Eine weitere Steuersenkung im Prozentbereich sehen wir im Moment als nicht opportun. Wir hätten es richtig gefunden, wenn die Stadt in den letzten Jahren bei guten Steuereinnahmen die Steuern massvoll gesenkt hätte und die Einnahmen nicht einfach über alle Ausgaben angewachsen wären. Auch damit hätten wir unsere Wirtschaft kompetitiver und robuster gestalten können. Das haben wir leider verpasst. Wir möchten auch weiterhin an Steuersenkungen arbeiten. Wir enthalten uns im Wissen darum, dass die Steuern nächstes Jahr im ganz grossen Umfang gesenkt werden.*

Florian Utz (SP): *Wir standen in den letzten zehn Jahren immer für Stabilität und Verlässlichkeit betreffend dem Steuerfuss ein und lehnten jeden Steuererhöhungsantrag und jede Steuersenkung ab. Wir sind der Meinung, dass Gewerbe, Wirtschaft und die Bevölkerung Planbarkeit und Berechenbarkeit brauchen. Deshalb möchten wir Steuern nur dann erhöhen, wenn es wirklich gar nicht anders geht. In diese Situation kamen wir bisher noch nie und sind es auch heute nicht. Gleichzeitig möchten wir Steuern nur dann senken, wenn wir wissen, dass wir die Steuersenkung über viele Jahre durchhalten. Seit 26 Jahren mussten dank der «Politik der Stabilität und Verlässlichkeit» nie*

Steuern erhöht werden. An dieser Politik halten wir selbstverständlich auch heute fest und stimmen für einen Steuerfuss von 119 Prozent. Für das Gewerbe steht im Moment nicht die Steuerrechnung im Fokus. Gewerbetreibende würden die Gewinnsteuer zahlen, wenn Sie denn auch Gewinn machen würden. Das Problem des Gewerbes ist aber, dass man im Moment kaum mehr Gewinn machen kann und es sich in einer existenziellen Krise befindet. Für die Gewerbetreibenden, mit denen ich gesprochen habe, steht im Moment weder der Steuerfuss von 119 Prozent noch von 117 Prozent auf Einnahmen, die sowieso nicht vorhanden sind oder weitgehend wegbrechen, im Fokus. Wir müssen im Moment Hilfe leisten und deshalb sind sofortige Gebührenerlässe, Mietzins erlässe, subsidiäre Massnahmen nötig – also Nothilfemassnahmen. Diese werden alle sofort wirksam, da das Gewerbe sie jetzt benötigt. Ein stabiler und verlässlicher Steuerfuss ist das Beste für unsere Stadt.

Shaibal Roy (GLP): *Auch die GLP setzt sich seit Jahren für einen stabilen Steuerfuss ein und wird sich auch in Zukunft für einen stabilen Steuerfuss einsetzen. Mittelfristig sind wir an einer Steuerfuss senkung interessiert. Aktuell beurteilen wir aber den Zeitpunkt als nicht ideal. Der Finanz- und Aufgabenplan (FAP) zeigt tief nach unten. Das ist sicher nicht der richtige Zeitpunkt, um eine nachhaltige Senkung des Steuerfusses in Betracht zu ziehen, da das Risiko, den Steuerfuss wieder korrigieren zu müssen, und die Ungewissheiten viel zu gross wären. Uns wurde vorgeworfen, wir hätten die Unternehmenssteuerreform unterstützt und seien damit verantwortlich für die Ertragsausfälle. Wir hoffen, dass man versucht, die Ausfälle, die seit langem einklagbar waren und geringer ausfielen als eigentlich befürchtet, zu antizipieren und zu kompensieren. In der Verwaltung gibt es ein überproportionales Wachstum mit Doppelspurigkeiten, das man definitiv angehen muss. Ein stabiler Steuerfuss ist für die Unternehmen und die Bevölkerung wichtig. Die GLP will dem Stadtrat Zeit geben, um eine ideale Basis zu schaffen, damit Stabilität geschaffen und das Eigenkapital geschützt werden kann. Wenn wir wieder andere Aussichten haben, wird auch der richtige Zeitpunkt kommen, um eine Steuerfuss senkung nicht nur kurzfristig, sondern auch langfristig in Betracht zu ziehen.*

Marco Denoth (SP): *Ich kann Ihnen als Unternehmer bestätigen, dass Steuern in dieser Krise nie das zentrale Thema waren. Ich kann Ihnen auch als Vorstandsmitglied eines Restaurants, das jeden Monat überlegen muss, wie man den Lohn für die Angestellten bezahlen soll, bestätigen, dass in keiner der Vorstandssitzungen je das Wort «Steuern» fiel. Steuern sind im Moment nicht das Problem der kleinen und mittleren Unternehmen. Es braucht andere Massnahmen. Für diese haben wir uns in dieser Budgetdebatte eingesetzt.*

Änderungsantrag zu Dispositivziffer 3

Die Mehrheit der RPK beantragt Ablehnung des nachfolgenden Änderungsantrags.

Die Minderheit der RPK beantragt folgende Änderung der Dispositivziffer 3:

13 / 19

3. Die ordentlichen Gemeindesteuern werden auf ~~149~~ 117 Prozent der einfachen Staatssteuer festgesetzt.

Mehrheit:	Präsident Felix Moser (Grüne), Referent; Vizepräsident Florian Utz (SP), Walter Angst (AL), Dr. Florian Blättler (SP), Renate Fischer (SP), Shaibal Roy (GLP), Alan David Sangines (SP)
Minderheit:	Susanne Brunner (SVP), Referentin; Johann Widmer (SVP)
Enthaltung:	Severin Pflüger (FDP), Raphaël Tschanz (FDP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 86 gegen 12 Stimmen (bei 20 Enthaltungen) zu.

Schlussabstimmung über die Dispositivziffer 3

Die Mehrheit der RPK beantragt Zustimmung zur Dispositivziffer 3.

Die Minderheit der RPK beantragt Ablehnung der Dispositivziffer 3.

Mehrheit:	Präsident Felix Moser (Grüne), Referent; Vizepräsident Florian Utz (SP), Walter Angst (AL), Dr. Florian Blättler (SP), Renate Fischer (SP), Shaibal Roy (GLP), Alan David Sangines (SP)
Minderheit:	Susanne Brunner (SVP), Referentin; Johann Widmer (SVP)
Enthaltung:	Severin Pflüger (FDP), Raphaël Tschanz (FDP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 85 gegen 14 Stimmen (bei 20 Enthaltungen) zu.

Kommissionsreferent Dispositivziffer 4:

Shaibal Roy (GLP): Die RPK prüfte das Budget der Stiftung zur Erhaltung von preisgünstigen Wohn- und Gewerberäumen in der Stadt. Die Erfolgsrechnung weist bei einem Aufwand von 35,6 Millionen Franken und einem Ertrag von 40,8 Millionen Franken einen Ertragsüberschuss von knapp 5,2 Millionen Franken aus. Die Investitionen belaufen sich auf rund 52 Millionen Franken. Die einstimmige RPK beantragt Ihnen die Zustimmung zum Budget der Stiftung zur Erhaltung von preisgünstigen Wohn- und Gewerberäumen.

14 / 19

Schlussabstimmung über die Dispositivziffer 4

Die RPK beantragt Zustimmung zur Dispositivziffer 4.

Zustimmung: Shaibal Roy (GLP), Referent; Präsident Felix Moser (Grüne), Vizepräsident Florian Utz (SP), Walter Angst (AL), Dr. Florian Blättler (SP), Susanne Brunner (SVP), Renate Fischer (SP), Alan David Sangines (SP), Johann Widmer (SVP)
Enthaltung: Severin Pflüger (FDP), Raphaël Tschanz (FDP)

Ausstand: Elisabeth Schoch (FDP)

Der Rat stimmt dem Antrag der RPK mit 89 gegen 0 Stimmen (bei 17 Enthaltungen) zu.

Kommissionsmehrheit/-minderheit Dispositivziffer 5:

Shaibal Roy (GLP): Die RPK prüfte das Budget für das Jahr 2021 der Stiftung für Wohnungen für kinderreiche Familien und stellte dabei fest, dass die Erfolgsrechnung einen Aufwand von 9,2 Millionen Franken sowie einen Ertrag von 9,9 Millionen Franken ausweist und damit einen budgetierten Ertragsüberschuss von knapp 700 000 Franken. Es sind Investitionen im Umfang von 1,6 Millionen Franken vorgesehen. Die Mehrheit der RPK beantragt Ihnen die Kenntnisnahme des Budgets der Stiftung für Wohnungen für kinderreiche Familien.

Johann Widmer (SVP): Da bereits jetzt zahlreiche subventionierte Wohnungen für kinderreiche Familien existieren und in diesem Feld bereits viel unternommen wird, finden wir, dass die Gelder der Stadt sinnvoller ausgegeben werden sollten. Wir sind auch der Meinung, dass Stiftungen in der Lage sein sollten, sich selbst zu finanzieren, gleich wie in der Privatwirtschaft. Deshalb nimmt die SVP das Budget der Stiftung für kinderreiche Familien ablehnend zur Kenntnis.

Änderungsantrag zu Dispositivziffer 5

Die Mehrheit der RPK beantragt Ablehnung des nachfolgenden Änderungsantrags.

Die Minderheit der RPK beantragt folgende Änderung der Dispositivziffer 5:

5. Das Budget der Stiftung Wohnungen für kinderreiche Familien für das Jahr 2021 wird ablehnend zur Kenntnis genommen.

Mehrheit: Shaibal Roy (GLP), Referent; Präsident Felix Moser (Grüne), Vizepräsident Florian Utz (SP), Walter Angst (AL), Dr. Florian Blättler (SP), Renate Fischer (SP), Severin Pflüger (FDP), Alan David Sangines (SP), Raphaël Tschanz (FDP)
Minderheit: Johann Widmer (SVP), Referent; Susanne Brunner (SVP)

15 / 19

Ausstand: Andrea Leitner Verhoeven (AL)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 104 gegen 14 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Schlussabstimmung über die Dispositivziffer 5

Die Mehrheit der RPK beantragt Zustimmung zur Dispositivziffer 5.

Die Minderheit der RPK beantragt Ablehnung der Dispositivziffer 5.

Mehrheit: Shaibal Roy (GLP), Referent; Präsident Felix Moser (Grüne), Vizepräsident Florian Utz (SP), Walter Angst (AL), Dr. Florian Blättler (SP), Renate Fischer (SP), Severin Pflüger (FDP), Alan David Sangines (SP), Raphaël Tschanz (FDP)
Minderheit: Johann Widmer (SVP), Referent; Susanne Brunner (SVP)

Ausstand: Andrea Leitner Verhoeven (AL)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 104 gegen 13 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Kommissionsreferent Dispositivziffer 6:

Alan David Sangines (SP): *Die Stiftung Alterswohnungen ist eine öffentlich-rechtliche Stiftung, die administrativ beim Gesundheits- und Umweltdepartement angesiedelt ist. Sie hat knapp 35 Siedlungen und bietet über rund 2000 preisgünstige und altersgerechte Wohnungen an. Die RPK ist der Ansicht, dass die Stiftung Alterswohnungen hervorragende Arbeit leistet und ist einstimmig – selbst mit der SVP, die sich eben für eine Privatfinanzierung von Stiftungen aussprach – der Meinung, das Budget zur Kenntnis zu nehmen.*

Schlussabstimmung über die Dispositivziffer 6

Die RPK beantragt Zustimmung zur Dispositivziffer 6.

Zustimmung: Alan David Sangines (SP), Referent; Präsident Felix Moser (Grüne), Vizepräsident Florian Utz (SP), Walter Angst (AL), Dr. Florian Blättler (SP), Susanne Brunner (SVP), Renate Fischer (SP), Severin Pflüger (FDP), Shaibal Roy (GLP), Raphaël Tschanz (FDP), Johann Widmer (SVP)

16 / 19

Ausstand: Albert Leiser (FDP)

Der Rat stimmt dem Antrag der RPK mit 102 gegen 0 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Kommissionsmehrheit/-minderheit Dispositivziffer 7:

Shaibal Roy (GLP): Die RPK prüfte das Budget der Stiftung für bezahlbares und ökologisches Wohnen – Einfach Wohnen für das Jahr 2021 und stellte fest, dass einem Aufwand von knapp 1,8 Millionen Franken ein Ertrag von 1,7 Millionen Franken entgegensteht. Das führt zu einem Aufwandsüberschuss von 91 000 Franken. Es sind sportliche 20 Millionen Franken Investitionsausgaben budgetiert. Wir werden sehen, ob sie dieses Investitionsbudget auch ausschöpfen wird. Auf jeden Fall beantragt Ihnen die Mehrheit der RPK die Kenntnisnahme des Budgets 2021 der Stiftung für bezahlbares und ökologisches Wohnen – Einfach Wohnen.

Johann Widmer (SVP): Wir konnten bei verschiedenen Stiftungen Doppelspurigkeiten ausmachen. Verschiedene Institutionen konkurrieren um die gleichen Grundstücke und Liegenschaften. Damit wird nur noch mehr Steuergeld in den bereits überhitzten Immobilienmarkt gepumpt. Es stellt sich auch die Frage, wie man ökologisch und gleichzeitig billig wohnen kann. Ökologie hat seinen Preis und wir sehen hier einen Widerspruch. Wir fordern deshalb die Auflösung der Stiftung für bezahlbare und ökologisches Wohnen und nehmen das Budget der Stiftung ablehnend zur Kenntnis.

Änderungsantrag zu Dispositivziffer 7

Die Mehrheit der RPK beantragt Ablehnung des nachfolgenden Änderungsantrags.

Die Minderheit der RPK beantragt folgende Änderung der Dispositivziffer 7:

7. Das Budget der Stiftung für bezahlbare und ökologische Wohnungen – Einfach Wohnen für das Jahr 2021 wird ablehnend zur Kenntnis genommen.

Mehrheit: Shaibal Roy (GLP), Referent; Präsident Felix Moser (Grüne), Vizepräsident Florian Utz (SP), Walter Angst (AL), Dr. Florian Blättler (SP), Renate Fischer (SP), Severin Pflüger (FDP), Alan David Sangines (SP), Raphaël Tschanz (FDP)
Minderheit: Johann Widmer (SVP), Referent; Susanne Brunner (SVP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 104 gegen 15 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

17 / 19

Schlussabstimmung über die Dispositivziffer 7

Die Mehrheit der RPK beantragt Zustimmung zur Dispositivziffer 7.

Die Minderheit der RPK beantragt Ablehnung der Dispositivziffer 7.

Mehrheit: Shaibal Roy (GLP), Referent; Präsident Felix Moser (Grüne), Vizepräsident Florian Utz (SP), Walter Angst (AL), Dr. Florian Blättler (SP), Renate Fischer (SP), Severin Pflüger (FDP), Alan David Sangines (SP), Raphaël Tschanz (FDP)
Minderheit: Johann Widmer (SVP), Referent; Susanne Brunner (SVP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 102 gegen 14 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Kommissionsmehrheit/-minderheit Dispositivziffer 8:

Raphaël Tschanz (FDP): *Die Minderheit wird das Globalbudget der Asyl-Organisation Zürich (AOZ) ablehnend zur Kenntnis nehmen. Die Mehrheit setzte sich mit dem Budget auseinander und hatte den Eindruck, dass das Globalbudget dem Auftrag der AOZ entspricht. Auch wenn man über den Auftrag der AOZ diskutieren und ihn gegebenenfalls anpassen kann, gibt es beim Budget nichts zu kritisieren und wir können das Budget so annehmen.*

Johann Widmer (SVP): *Wir finden die Asyl-Organisation Zürich sowieso sinnlos und nutzlos. Man sollte sie abschaffen. Wir stellen einen Ablehnungsantrag, weil bei der AOZ weder sauber, noch sinnvoll gearbeitet wird.*

Änderungsantrag zu Dispositivziffer 8

Die Mehrheit der RPK beantragt Ablehnung des nachfolgenden Änderungsantrags.

Die Minderheit der RPK beantragt folgende Änderung der Dispositivziffer 8:

8. Das Globalbudget der Asyl-Organisation Zürich für das Jahr 2021 mit zwei Produktgruppen wird vorbehältlich der Vorlage des Budgets dieser Anstalt mit den Budgetnachträgen im November ablehnend zur Kenntnis genommen.

Mehrheit: Raphaël Tschanz (FDP), Referent; Präsident Felix Moser (Grüne), Vizepräsident Florian Utz (SP), Walter Angst (AL), Dr. Florian Blättler (SP), Renate Fischer (SP), Severin Pflüger (FDP), Shaibal Roy (GLP), Alan David Sangines (SP)
Minderheit: Johann Widmer (SVP), Referent; Susanne Brunner (SVP)

18 / 19

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 107 gegen 13 Stimmen (bei 1 Enthaltung) zu.

Schlussabstimmung über die Dispositivziffer 8

Die Mehrheit der RPK beantragt Zustimmung zur Dispositivziffer 8.

Die Minderheit der RPK beantragt Ablehnung der Dispositivziffer 8.

Mehrheit:	Raphaël Tschanz (FDP), Referent; Präsident Felix Moser (Grüne), Vizepräsident Florian Utz (SP), Walter Angst (AL), Dr. Florian Blättler (SP), Renate Fischer (SP), Severin Pflüger (FDP), Shaibal Roy (GLP), Alan David Sangines (SP)
Minderheit:	Johann Widmer (SVP), Referent; Susanne Brunner (SVP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 106 gegen 12 Stimmen (bei 1 Enthaltung) zu.

Damit ist beschlossen:

1. a) Die Detailbudgets der Erfolgsrechnung und der Investitionsrechnung der Stadt Zürich für das Jahr 2021 werden genehmigt.
b) Die Produktegruppen-Globalbudgets für das Jahr 2021 werden genehmigt.
2. Der Stadtrat wird ermächtigt, die pauschalen Budgetkredite für das städtische Lohnsystem (SLS), Institution 1060 Gesamtverwaltung, in Höhe von Fr. 17 420 000.– nach erfolgter Lohnrunde 2021 auf die Organisationseinheiten mit eigenen Lohnkonten zu übertragen.
3. Die ordentlichen Gemeindesteuern werden auf 119 Prozent der einfachen Staatssteuer festgesetzt.
4. Das Budget der Stiftung zur Erhaltung von preisgünstigen Wohn- und Gewerberäumen der Stadt Zürich für das Jahr 2021 wird genehmigt.
5. Das Budget der Stiftung Wohnungen für kinderreiche Familien für das Jahr 2021 wird zur Kenntnis genommen.
6. Das Budget der Stiftung Alterswohnungen der Stadt Zürich für das Jahr 2021 wird zur Kenntnis genommen.
7. Das Budget der Stiftung für bezahlbare und ökologische Wohnungen – Einfach Wohnen für das Jahr 2021 wird zur Kenntnis genommen.



19 / 19

8. Das Globalbudget der Asyl-Organisation Zürich für das Jahr 2021 mit zwei Produktgruppen wird vorbehältlich der Vorlage des Budgets dieser Anstalt mit den Budgetnachträgen im November zur Kenntnis genommen.

Mitteilung an den Stadtrat und amtliche Publikation am 23. Dezember 2020 gemäss Art. 14 der Gemeindeordnung

Im Namen des Gemeinderats

Präsidium

Sekretariat